



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/11543**
Datum: 06.03.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Dietmar Weihrich
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.03.2013	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Erstellung eines Gleichstellungsaktionsplanes

Nach intensiven Vorberatungen beschloss der Stadtrat im März 2012 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männer auf lokaler Ebene“ (Vorlagen-Nr.: V/2010/09362). Die Unterzeichnung der Urkunde erfolgte zwischenzeitlich durch die damalige Oberbürgermeisterin. Da bislang keine Berichterstattung im zuständigen Ausschuss bezüglich des Arbeitsstandes der Erstellung des Gleichstellungsaktionsplans erfolgt ist, fragen wir:

Wie plant die Verwaltung die weitere Umsetzung des Stadtratsbeschlusses?
Wann plant die Verwaltung dem Stadtrat den Entwurf des Gleichstellungsaktionsplans vorzulegen?

gez. Dietmar Weihrich
Fraktionsvorsitzender



Stadt Halle (Saale)
Büro des Oberbürgermeisters

18. März 2013

Sitzung des Stadtrates am 27. März 2013

Betreff: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Erstellung eines Gleichstellungsaktionsplanes

Vorlagen-Nummer: V/2013/11543

TOP: 9.17

Antwort der Verwaltung:

Die Erstellung des Gleichstellungsaktionsplanes liegt federführend, neben zahlreichen anderen gesetzlichen Aufgaben, bei der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt.

Im Rahmen der Debatte zur Beschlussfassung zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ am 28. März 2012 und der damit verbundenen Verpflichtung innerhalb von zwei Jahren einen Gleichstellungsaktionsplan aufzustellen, wurde von der Verwaltungsspitze betont, dass dies eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Verwaltung darstelle.

Zurzeit wird der Beteiligungsprozess innerhalb der Verwaltung vorbereitet und strukturiert. Ein erster Diskussionsentwurf wird voraussichtlich in die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses im Juni 2013 eingebracht.

Im Herbst 2013 ist eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer Anhörung geplant, bevor im Dezember 2013/Januar 2014 eine Beschlussfassung im Stadtrat angestrebt wird.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister